S 11 P 91/23

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Hessen

Sozialgericht Sozialgericht Kassel Sachgebiet Pflegeversicherung

Abteilung

Kategorie Beschluss

Bemerkung Rechtskraft Deskriptoren Leitsätze Normenkette -

1. Instanz

Aktenzeichen S 11 P 91/23 Datum 17.01.2024

2. Instanz

Aktenzeichen -Datum -

3. Instanz

Datum -

Der Kläger trägt seine sowie die auÃ∏ergerichtlichen Kosten der Beklagten.

GrÃ1/4nde

GemÃxÃ $\$ Âx 193 Abs. 1 S. 3 Sozialgerichtsgesetz (SGG) entscheidet das Gericht Ãx4ber die Kostenerstattung auf Antrag durch Beschluss, wenn das Verfahren anders als durch Urteil beendet wird. Der KlÃx9er hat das Verfahren in der Hauptsache fÃx4r erledigt erklÃx7rt und den Erlass einer Kostengrundentscheidung beantragt.

Die Entscheidung über die Kostenerstattung erfolgt nach billigem Ermessen (vgl. BSG, SozR Nr. 3 und 42 zu § 193 SGG; Hess. LSG, Beschlüsse vom 10.02.1992 â \square L 5 B 117/91 â \square und vom 28.09.2001 â \square L 14 B 94/97 KR â \square m.w.N.), wobei das Gericht an die Anträge der Beteiligten nicht gebunden ist und die Rechtsgedanken der §Â§ 91 ff. Zivilprozessordnung (ZPO) herangezogen werden. Das Gericht hat folglich das Ergebnis des Rechtsstreits, wie er sich im Zeitpunkt der Erledigung darstellt, unter Berücksichtigung des sich aus den Akten ergebenden Sach- und Streitstandes nach billigem Ermessen zu würdigen. MaÃ \square geblich für die Entscheidung sind demnach alle UmstÃ \square nde des Einzelfalls unter

Zugrundelegung des aus der Akte ersichtlichen Sach- und Streitstands (vgl. B. Schmidt in: Meyer-Ladewig/Keller/Schmidt, SGG, 14. Auflage 2023, § 193 Rn. 12 ff. m.w.N.; Hess. LSG, Beschluss vom 07.02.2003 â∏ L 12 B 93/02 RI).

Dabei kommt im Wesentlichen zwei Bewertungskriterien Bedeutung zu, n \tilde{A} $^{\mu}$ mlich einerseits den Erfolgsaussichten der Klage zum Zeitpunkt der Erledigung sowie andererseits den Gr \tilde{A} 4 nden f \tilde{A} 4 r die Klageerhebung und die Erledigung des Rechtsstreits. Es muss mithin neben der Ber \tilde{A} 4 cksichtigung der Erfolgsaussichten auch darauf abgestellt werden, wer Anlass zum Rechtsstreit gegeben hat. Danach kann es f \tilde{A} 4 r die zu f \tilde{A} $^{\mu}$ llende Kostenentscheidung von entscheidender Bedeutung sein, wen die Verantwortung daf \tilde{A} 4 r trifft, dass ein von vornherein vermeidbarer und daher \tilde{A} 4 berfl \tilde{A} 4 ssiger Prozess \tilde{A} 4 berhaupt gef \tilde{A} 4 hrt werden musste (vgl. B. Schmidt, a.a.O.).

Bei der Anwendung dieser beiden Kriterien ist zu beachten, dass es sich um AbwĤgungskriterien einer Ermessensentscheidung handelt und beide Kriterien gegenseitig als Korrektur des jeweils anderen dienen. Es kann daher in Betracht kommen, dass, wenn sich die Rechtslage auf Grund einer Ã∏nderung der tatsächlichen Verhältnisse nach der Klageerhebung ändert und nunmehr Erfolgsaussichten der Klage bestehen, dem Beklagten wegen des Ã∏berwiegens des Veranlassungs- gegenüber dem Erfolgsgesichtspunkt im Rahmen der Ermessenabwägung keine auÃ∏ergerichtlichen Kosten aufzuerlegen sind. Dies setzt voraus, dass der zuständige Verwaltungsträger einer tatsächlichen oder rechtlichen Veränderung unverzüglich nach Kenntniserlangung Rechnung trägt (Rechtsgedanke des § 93 ZPO, siehe auch Hess. LSG, Beschluss vom 13.05.1996 â∏∏ L-5/B-64/94 â∏∏ NZS 1997, 48; B. Schmidt, a.a.O., Rn. 12c m.w.N.).

Unter Berücksichtigung dieser Grundsätze hat der Kläger im vorliegenden Rechtsstreit seine auÃ∏ergerichtlichen Kosten sowie die auÃ∏ergerichtlichen Kosten der Beklagten zu tragen. Dies entspricht nach Auffassung des Gerichts billigem Ermessen.

Insoweit ist zunĤchst von Relevanz, dass die hier erhobene UntĤtigkeitsklage zum Zeitpunkt der Erledigung für den Kläger tatsächlich erfolglos gewesen wäre. Sein Klageziel, eine Bescheidung seines â∏Einspruchsâ∏ zu erwirken, konnte der KlĤger mit der seinerseits erhobenen UntĤtigkeitsklage nicht erreichen. Denn eine Untätigkeitsklage ist gemäÃ∏ <u>§ 88 Abs. 1 SGG</u> nur zulÄxssig, sofern ein Antrag auf Vornahme eines Verwaltungsakts ohne zureichenden Grund in angemessener Frist sachlich nicht beschieden worden ist. GemäÃ∏ <u>§ 88 Abs. 2 SGG</u> gilt das Gleiche für einen Widerspruch. Hier hatte jedoch weder auf den Antrag noch auf den Widerspruch hin seitens der Beklagten ein Verwaltungsakt im Sinne von § 31 Satz 1 des Zehnten Buches des Sozialgesetzbuches (SGB X) zu ergehen. Denn der Beklagten fehlt als Unternehmen der privaten Krankenversicherung bereits die BehĶrdeneigenschaft, da es an einem Ã\| ber-/Unterordnungsverh\| A\| ltnis zwischen den Beteiligten fehlt. Sie nimmt insbesondere auch nicht als Beliehene hoheitliche Aufgaben wahr (vgl. BSG, Urteil vom 23. Juli 2002 â∏∏ <u>B 3 P 9/01 R</u> â∏∏, juris Rn. 15). Soweit der Kläger seinen Leistungsanspruch gegenüber der Beklagten (schneller) hätte durchsetzen

wollen, hÃxtte ihm hierfÃ $\frac{1}{4}$ r die echte Leistungsklage gemÃxÃ $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$ Abs. 5 SGG zur VerfÃ $\frac{1}{4}$ gung gestanden (vgl. SÃ $\frac{1}{2}$ hngen in: Schlegel/Voelzke, jurisPK-SGG, 2. Aufl., $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$ (Stand: 15.06.2022), Rn. 71).

Von Bedeutung für die Kostentragungspflicht ist bei einer Untätigkeitsklage weiter der Veranlassungsgesichtspunkt. Zu prüfen ist auch insoweit grundsätzlich, ob der Kläger mit einer Bescheidung seines â∏Einspruchsâ∏ bzw. Widerspruchs vor Klageerhebung rechnen durfte (Rechtsgedanke des § 161 Abs. 3 Verwaltungsgerichtsordnung). Das ist grundsätzlich nur dann der Fall, wenn zu dieser Zeit die Voraussetzungen des § 88 SGG erfüllt waren, die Klage also anfänglich zulässig und begründet war. Dafür muss der Kläger bei dem beklagten Verwaltungsträger einen Antrag auf Vornahme eines Verwaltungsakts gestellt haben, den letzterer sachlich zu bescheiden hatte, aber nicht beschieden hat. Weiter muss grundsätzlich die Wartefrist des § 88 Abs. 1 S. 1 SGG ergebnislos verstrichen sein. SchlieÃ∏lich darf kein zureichender Grund dafür vorliegen, dass der beantragte Verwaltungsakt noch nicht erlassen worden ist (vgl. zu allem vgl. B. Schmidt, a.a.O., § 88 Rn. 4 ff.).Â

Insoweit gilt jedoch wiederum oben Gesagtes: Die Voraussetzungen des <u>ŧ 88 SGG</u> waren hier zu keinem Zeitpunkt erfĽIlt, die Klage war bereits anfĤnglich unzulĤssig. Dass die Beklagte nicht auch zeitnah die KlĤgerbevollmĤchtigten ļber das Zweitgutachten und ihre erneute Entscheidung vom 10.06.2023 in Kenntnis setzte, ist misslich, kann jedoch denknotwendig keine Veranlassung zur Erhebung einer unzulĤssigen UntĤtigkeitsklage gegeben haben.

Unter diesen Umständen entspricht es vorliegend zur Ã□berzeugung des Gerichts der Billigkeit, dass der Kläger seine und die auÃ□ergerichtlichen Kosten der Beklagten vollumfänglich zu tragen hat.

Gerichtskosten sind f $\tilde{A}^{1}/4$ r den vorliegenden Rechtsstreit nicht entstanden, da der Kl \tilde{A} ¤ger in seiner Eigenschaft als Versicherter geklagt hat ($\frac{\hat{A}}{8}$ 183 SGG). \hat{A}

Die Beschwerde gegen diesen Beschluss ist ausgeschlossen, $\frac{\hat{A}\S 172 \text{ Abs. 3}}{\hat{A}}$ Sozialgerichtsgesetz (SGG).

Erstellt am: 23.02.2024

Zuletzt verändert am: 23.12.2024